

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 02/2017

24. JAN 2017 | MARKUS KRÜSEMANN

arbeit, Minijobs, Befristungen oder Niedriglöhne: Miese Jobs gibt es viel zu viele. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Teilzeitarbeit.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 07.02.2017.

1] TOPTHEMA: TEI ZEITARBEIT

Mit einem gesetzlichen Anspruch auf befristete Teilzeit soll es der Teilzeitfalle an den Kragen gehen. Ein Rückkehrrecht in die Vollzeit könnte Beschäftigte davor schützen, ungewollt in der Teilzeit hängen zu bleiben. Und das sind nicht wenige: Schon heute möchte weit über eine Million Teilzeitkräfte länger arbeiten. Den Marktradikalen und den Apologeten der unternehmerischen Freiheit, die Flexibilität nur dann gut finden, wenn sie im Betriebsinteresse ist, muss natürlich jeder regulierende Eingriff, der die Rechte von ArbeitnehmerInnen stärkt, ein Graus sein - und schon beschwört man wieder das Bürokratiemonster.

Dass flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit nützliche Instrumente sind, um Berufstätigkeit und Privatleben besser zu vereinbaren, ist bereits ein alter Hut. Um die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf Verdienste und Altersrenten zu unterbinden, muss der Ansatz aber konsequent zu Ende gedacht werden, sonst droht gerade Frauen mit der Teilzeitfalle auch die Armutsfalle im Alter... Doch lesen Sie selbst.

Warum es Frauen im Job schwerer haben

Wenn es um den Job geht, treten vor allem Frauen kürzer, sobald es um das Thema Kinder geht - und nehmen so schon früh in ihrer Karriere Einbußen hin, die sie später am beruflichen Fortkommen hindern können.

Daten des Statistischen Bundesamts zeigen, dass Frauen nach der Geburt eher Abstriche beim Thema Karriere machen als Männer - viel mehr Mütter als Väter entscheiden sich dann für Teilzeit. So arbeiten nur 27 Prozent der Frauen mit einem Kind unter sechs Jahren in Vollzeit, aber 94 Prozent der Männer.

Quelle: n-tv.de vom 23.01.2017

Der Königsweg aus der „Teilzeitfalle“?

Insgesamt liegt der Frauenanteil an Teilzeitlern nach wie vor bei über 80 Prozent. Kein Wunder also, dass die durchschnittlichen Rentenansprüche von Frauen auch heute noch bei weniger als der Hälfte der Ansprüche von Männern liegen.

Frau Nahles greift das bereits im Koalitionsvertrag verankerte Ziel der Koalition, die Rückkehr in die Vollzeit durch Anspruch auf befristete Teilzeit zu fördern, daher nun kurz vor der Bundestagswahl unter dem Titel „Gleichstellung der Frau“ auf.

Quelle: humanresourcesmanager.de vom 20.01.2017

Recht auf befristete Teilzeit

Arbeitnehmer in Deutschland sollen das Recht auf eine zeitlich befristete Verringerung ihrer Arbeitszeit bekommen. Das sieht ein Entwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles vor. Der Referentenentwurf befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung.

Für Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern möchten, werde sichergestellt, dass sie nach der Teilzeitphase wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Bisher gibt es nur einen Anspruch auf zeitlich unbegrenzte Teilzeitarbeit. Ein Rückkehrrecht auf Vollzeit hatten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten online vom 19.01.2017

Millionen Menschen wollen in Deutschland länger arbeiten

Vor allem Teilzeitbeschäftigte waren im Jahr 2015 mit ihrer Wochenarbeitszeit nicht zufrieden (...). Laut Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung fühlen sich von gut 40 Millionen Erwerbstätigen 2,7 Millionen unterbeschäftigt.

Von diesen "Unterbeschäftigten" hatten wiederum gut 1,5 Millionen einen Teilzeitjob mit durchschnittlich 19,3 Wochenstunden. Hier ist der Wunsch nach Mehrarbeit mit 14,6 Stunden noch stärker.

Quelle: Süddeutsche.de online vom 19.01.2017

Nahles will mehr Männer-Teilzeit

Frauen könnten laut Nahles oft mehr arbeiten, wenn die Männer etwas weniger arbeiten und mehr Familienpflichten übernehmen. Viele Männer wollten das auch. Ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten würde umgekehrt gern länger arbeiten, meist Frauen.

Nahles machte deutlich, dass ihr Teilzeit-Gesetzesentwurf nur ein erster Schritt für eine weitergehende Umgestaltung der Arbeitszeit sein soll: „Es ist für mich ein entscheidender Schritt in Richtung Wahlarbeitszeit.“

Quelle: SZ-Online.de vom 17.01.2017

Teilzeitarbeit: 81 Prozent Frauen, in Leitungsjobs selten

Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit helfen dabei, Berufstätigkeit und Familie besser zu vereinbaren. Doch sie können zum Problem für die Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt werden, wenn sie nur von bestimmten Beschäftigtengruppen genutzt werden und gleichzeitig negative Konsequenzen für das berufliche Fortkommen haben.

80,8 Prozent der Teilzeitbeschäftigten waren 2015 Frauen. Auf Leitungspositionen wird Teilzeitarbeit von deutschen Unternehmen meist nicht möglich gemacht, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit Management- oder weitergehenden Führungsaufgaben lag zuletzt zusammengenommen bei knapp 11 Prozent.

Quelle: Pressemitteilung der Hans Böckler Stiftung vom 13.01.2017

Warum Teilzeit oft zur Karrierefalle wird

Viele Frauen brauchen flexible Arbeitszeiten und Teilzeit, um Job und Familienleben vereinbaren zu können. Doch oft wird die Teilzeitbeschäftigung zur Karriere Falle. Das ist das Ergebnis einer Auswertung mehrerer aktueller Studien durch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung.

„Aufstiegsmöglichkeiten werden verhindert, die Gehaltszuwächse sind niedriger und Beförderungen seltener“, beschreibt Arbeitszeitexpertin Yvonne Lott die Nachteile.

Quelle: Westfalenpost online vom 13.01.2017

Studie: Frau am Herd, Mann in der Führung

Frauen haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt durch ihre überwiegende Arbeit in Teilzeit weniger Chancen auf führende Positionen als ihre überwiegend männlichen Kollegen in Vollzeit. Das zeigt eine am Freitag veröffentlichte Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit Führungsaufgaben lag demnach 2015 bei nur elf Prozent, in herausragenden Führungspositionen bei sechs Prozent. Von diesen Einschränkungen betroffen sind insbesondere Frauen.

Quelle: neues deutschland online vom 13.01.2017

Arbeitgeber in NRW gegen Recht auf befristete Teilzeit

Bisher haben Arbeitnehmer nur das Recht, unbefristet in Teilzeit zu gehen. Nahles' Entwurf sieht vor, dass Vollzeitkräfte ihre Stundenzahl für einen selbst bestimmten Zeitraum reduzieren und anschließend wieder voll arbeiten können.

Darauf lasse sich in Branchen, denen die Fachkräfte ausgehen, niemand ein, warnt die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW. Und in den anderen Branchen entstünden mit befristeten Teilzeitjobs neue atypische Jobs.

Quelle: WAZ online vom 12.01.2017

2] WEITERE BERICHTE

Mindestlohnausnahmen für Geflüchtete müssen tabu bleiben!

Immer wieder geistern Vorschläge durch die Republik, nach denen der Mindestlohn nicht für Geflüchtete gelten soll. So fordern VertreterInnen aus Union und Wirtschaft, Flüchtlinge als Langzeitarbeitslose zu deklarieren.

Wer das fordert, beschwört das alte Kombilohnmodell herauf. Es war aber unter anderem der Zweck des Mindestlohngesetzes, steuerfinanzierte Subventionierungen der Arbeitgeber, deren Geschäftsmodell auf Billiglöhnen beruht, endlich zu beenden.

Quelle: Xing.com vom 23.01.2017

Mehr als 115.000 Berliner können von ihrer Arbeit nicht leben

Mehr als 115.000 Menschen in Berlin müssen ihr geringes Einkommen aufstocken. (...) Rund 15 Prozent der Aufstocker in Berlin sind Vollzeitbeschäftigte.

Ein großes Problem seien die Minijobs: 27.904 der Aufstocker sind geringfügig Beschäftigte. „Der Minijob ist keine Brücke in reguläre Beschäftigung, sondern eine Klebefalle mit großem Armutsrisiko“, so Zinke.

Quelle: Berliner Zeitung online vom 22.01.2017

Linke fordert Mindesthonorar für "Solo-Selbstständige"

Brandenburgs Linke fordert für sogenannte "Solo-Selbstständige" die Einführung eines gesetzlichen Mindesthonorars analog zum Mindestlohn für Angestellte und Arbeiter.

Solche auf sich allein gestellten Selbstständigen seien oft in einer prekären Lage, weil der Zugang zu Sozialsystemen häufig an überhöhte Mindestbeträge gekoppelt sei, die in keinem Verhältnis zu den realen Verdiensten stünden (...). Es sei notwendig, dieser Gruppe den Zugang zu den Sozialsystemen zu erleichtern.

Quelle: Märkische Onlinezeitung vom 22.01.2017

Netzwerk will Uni-Mitarbeitern das Streiken beibringen

In kaum einer Branche gibt es so viele prekär Beschäftigte, wie an deutschen Hochschulen. Davon ist Mathias Kuhnt überzeugt (...): "Mitarbeiter mit Lehraufträgen beispielsweise, arbeiten für drei, vier Euro die Stunde."

Weil man mit Ehrgeiz und Ellbogen nicht weiterkomme, hat Kuhnt das "Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft" mitbegründet. Eine Initiative, die (...) für bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen kämpfen will. (...) Dabei sind (...) atypische Beschäftigungen an Unis längst Alltag.

Quelle: mdr.de vom 21.01.2017

DGB verlangt Reform von Minijobs

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat am Mittwoch Vorschläge für eine Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse vorgestellt. (...) Das Konzept des Gewerkschaftsbunds zielt darauf ab, Minijobs zurückzudrängen.

Der bedeutendste unter dessen Vorschlägen ist die Einbeziehung der Minijobs in die Sozialversicherung ab dem ersten Euro. (...) Der zweite Punkt betrifft die Abschaffung der pauschalen Besteuerung der Minijobs.

Quelle: junge Welt online vom 20.01.2017

Neue Jobs durch Mindestlohn

Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns vor zwei Jahren sind Arbeitsplätze entstanden. Das ist das Ergebnis einer Studie des Pestel-Instituts in Hannover, das im Auftrag der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) die Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet hat.

Allein die Hotels, Pensionen, Restaurants und Gaststätten in Hamburg hätten in der Mindestlohn-Phase mehr Personal eingestellt. (...) Im Vergleich zu 2014 macht das ein Plus von 13,5 Prozent.

Quelle: taz.de vom 20.01.2017

Niedriglohn per Tarifvertrag

»Equal Pay für LeiharbeiterInnen, diskriminierende Tarifverträge ersatzlos kündigen«, lauten die Forderungen in einem Offenen Brief (...). Es ist der Versuch, in letzter Minute zu verhindern, dass ein Tarifvertrag für Leiharbeiter deren Schlechterstellung zementiert.

Höchste Zeit für die DGB-Tarifgemeinschaft ihre selbst geschaffenen Tarifverträge zu kündigen. Dann würde automatisch das im Gesetz verankerte Prinzip des Equal Pay - also gleicher Lohn für gleiche Arbeit - gelten, argumentieren die Kritiker.

Quelle: neues deutschland online vom 20.01.2017

Bundesministerien: Mehr Mitarbeiter mit grundlos befristeten Zeitverträgen

Demnach stieg der Anteil prekärer Jobs in Bundesministerien und nachgeordneten Behörden zwischen 2005 und 2015 rasant an. Besonders hoch war der Zuwachs in den Bundesministerien für Verkehr (von 0,6 auf 7,9 Prozent) und Gesundheit (von 0,6 auf 9,89 Prozent) sowie im Entwicklungsministerium (von 0,2 auf 10,94 Prozent).

Erst vor wenigen Tagen hatte Nahles erklärt, Arbeitsverhältnisse müssten sicherer werden. Deshalb müsse die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung auf die Agenda.

Quelle: Leipziger Volkszeitung online vom 19.01.2017

Jobs im Gastgewerbe legen in MV überdurchschnittlich zu

Viele hatten aufgrund der Einführung des Mindestlohns mit einem Rückgang der Jobs im Gastgewerbe gerechnet. Doch das Gegenteil ist der Fall. In MV stieg die Zahl der im Gewerbe Tätigen um vier Prozent.

Mitte 2016 waren in den Hotels und Gaststätten des Landes 36.700 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und damit gut 1300 mehr als zwei Jahre zuvor.

Quelle: Nordkurier.de vom 19.01.2017

Zu viele Menschen in Ostbrandenburg prekär beschäftigt

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat beklagt, dass rund 16 500 Menschen in Ostbrandenburg prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Sie müssten deshalb zusätzlich Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen.

Ein Drittel der Aufstocker verfüge in Märkisch-Oderland, Oder-Spree, in der Uckermark, im Barnim und der Stadt Frankfurt (Oder) nur über einen Mini-Job. Landesweit gibt es laut DGB knapp 49 000 Aufstocker, rund 16 000 von ihnen haben einen Mini-Job.

Quelle: Welt online vom 18.01.2017

Werkverträge in der Grauzone

Recherchen (...) zeigen, dass ein altes Problem der deutschen Wirtschaft nicht vollständig aufgearbeitet ist und brisant bleibt: die Anwendung illegaler Werkverträge im großen Stil.

Im Fokus steht diesmal ein in der Event-Branche bekannter Dienstleister namens Hofer aus Berlin. Von Hofer fordert die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) hohe Nachzahlungen von Sozialversicherungsbeiträgen.

Quelle: Wirtschaftswoche online vom 17.01.2017

»Ein erfolgreicher Herrschaftsmechanismus«

Unter »Tarifvorbehalten« werden Passagen in Gesetzestexten verstanden, die es ermöglichen, eigentlich bestehende Regelungen durch einen Tarifvertrag zu umgehen. Derzeit wird das Thema vor allem in Bezug auf Leiharbeiter diskutiert.

Der Tarifvorbehalt im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (...) ermöglicht es vom Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« abzuweichen. (...) Im Grunde genommen werden die Tarifverträge hier in ihr Gegenteil verkehrt (...). Abkommen (...), die nicht nützen und nicht schützen, sondern die Lage der abhängig Beschäftigten verschlechtern.

Quelle: junge Welt online vom 17.01.2017

Zoff im Billig-Schlachtland

(...) die Fleischindustrie hatte in einer freiwilligen Selbstverpflichtung angekündigt, Sozialdumping - etwa die Praxis, osteuropäische Arbeiter nach deren Heimatrecht und mit dortigen Sozialabgaben zu beschäftigen - (...) auszumerzen.

Zwar hat die Branche tatsächlich Tausende Mitarbeiter aus dem Ausland mit deutschen Arbeitsverträgen ausgestattet. Die Gewerkschaft beklagt aber, dass Subunternehmer der großen Konzerne dabei Mindestlöhne oft nur auf dem Papier zahlten. So würden Überstunden teilweise nicht berücksichtigt. Vom Lohn (...) würden teilweise unerklärliche Posten (...) abgezogen.

Quelle: Süddeutsche.de vom 16.01.2017

Arbeitswelt im Jahr 2017

(...) immer mehr Düsseldorfer kommen mit einem Gehalt nicht mehr aus und müssen sich was dazu verdienen (...). In einem Jahr ist die Zahl der Minijobber um über 1.200 gestiegen. Fast 26.000 Düsseldorfer arbeiten neben ihrem Hauptberuf in einem Nebenjob.

Das liegt unter anderem daran, dass Düsseldorf zu den Städten gehört, in denen das Leben besonders teuer ist. Ein Sprecher der Düsseldorfer Arbeitsagentur sagte, dass gerade die hohen Mieten dafür sorgen, dass Menschen einen Zusatzjob annehmen müssen.

Quelle: antenneduesseldorf.de vom 16.01.2017

Solo-Selbstständige leben häufig in ärmlichen Verhältnissen

Die Zahl der Selbstständigen in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende erheblich gestiegen. Viele von ihnen leben allerdings in eher ärmlichen Verhältnissen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor.

Den Regierungsangaben zufolge verfügen knapp 30 Prozent der Solo-Selbstständigen lediglich über ein persönliches Nettoeinkommen von maximal 1100 Euro im Monat. Ein großer Teil ist deshalb zusätzlich auf Hartz IV angewiesen.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 16.01.2017

3,1 Millionen Menschen haben mehrere Jobs

In Deutschland gehen immer mehr Menschen mehr als nur einem Beschäftigungsverhältnis nach. Zur Jahresmitte 2016 waren es rund 3,1 Millionen und damit etwa 116.000 mehr als ein Jahr zuvor und so viele wie noch nie seit 2003.

Dass die Anzahl der Mehrfachbeschäftigten seit 2003 kontinuierlich wächst, hänge mit der (...) Neuregelung für Minijobber zusammen, heißt es in dem Bericht. Seit April 2003 muss der Arbeitgeber für sie nur noch pauschalierte Steuern und Sozialabgaben in geringer Höhe abführen.

Quelle: Neue Presse online vom 14.01.2017

Knapp 80.000 Sachsen haben mehr als einen Job

Mehr als drei Viertel von ihnen waren auch im Vorjahr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die zusätzlich mindestens einem Minijob nachgingen. Dabei handelte es sich der Statistik zufolge um 61.036. Das waren 3000 mehr als 2015 und damit so viele wie nie zuvor.

Die Bundesarbeitsagentur legt sich nicht fest, ob der Trend auf wirtschaftliche Nöte oder persönliche Interessen zurückgeht. Dies lasse sich statistisch "nicht feststellen, weil die individuellen Motive nicht erfasst werden".

Quelle: Freie Presse online vom 14.01.2017

Steuer und Sozialversicherung 2017: Mehr Netto gibt es nicht für alle

Der nächste Gehaltszettel offenbart, wer von der Mini-Steuersenkung zum Jahreswechsel profitiert. Unter dem Strich sind Geringverdiener und Spitzenverdiener die Dummen.

Ein Ehepaar (zwei Kinder) mit einem Alleinverdiener und einem konstanten Einkommen von monatlich nur 1500 Euro brutto hat nach Berechnungen der Steuerberater-Genossenschaft Datev trotz der Steuererleichterungen 18 Euro weniger im Jahr.

Quelle: Spiegel online vom 14.01.2017

Paschke fordert bessere Strukturen beim Zoll

Die Zahl der Kontrollen von Schwarzarbeit und Mindestlohn geht zurück. „Die vorliegenden Zahlen von 2015 sind eine Katastrophe. Eine geringere Kontrolldichte schadet nicht nur den betroffenen Arbeitnehmern, sondern auch den ehrlichen Arbeitgebern“.

Nach den derzeit vorliegenden Daten für 2015 ging die Zahl der Arbeitgeberprüfungen beim Mindestlohn um zehn Prozent zurück, obwohl acht Branchen neu dazugekommen sind. Noch dramatischer ist die Lage bei den Schwarzarbeit-Kontrollen im Bausektor.

Quelle: NOZ.de vom 13.01.2017

Wenn der Mindestlohn steigt, steigen auch Preise für Backwaren

Zum Jahresbeginn erhöhten etliche Weimarer Bäcker die Preise für ihre Backwaren um bis zu 10 Prozent. "Der Mindestlohn hat sich erhöht", erklärt Bäckermeister Uwe Buczek (...). Diese Kostensteigerung müsse aufgefangen werden.

Auch die Rohstoff- und die Energiepreise hätten sich verteuert. "Zu 90 Prozent akzeptieren die Kunden den Preisanstieg" (...). Wenn das Preis-/Leistungsverhältnis stimmt, greifen die Kunden auch gern tiefer in die Tasche.

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 13.01.2017

Ostdeutsche putzen billiger

Nicht nur die Mindestlöhne der Gebäudereiniger liegen in den neuen Ländern unter Westniveau (...). Während der gesetzliche Mindestlohn in Ost und West gleich ist, entscheidet in zahlreichen Branchen der Standort des Unternehmens, wie viel ein Arbeitnehmer erhält.

Das es auch anders geht, zeigt der Umstand, dass in einigen Branchen zum 1. Januar eine Angleichung der verschiedenen Lohnuntergrenzen in Ost und West erfolgte. So im Bauhauptgewerbe und bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Quelle: neues deutschland online vom 13.01.2017

Entfristet uns!

In Deutschland arbeiten Menschen zu niedrigen Löhnen, in Mini-Jobs, in Leiharbeitsfirmen ohne jede Regelmäßigkeit – trotz guter Konjunktur. Einen der größten Posten in der Statistik der atypischen Beschäftigung bildet aber die Befristung:

2,5 Millionen Menschen in Deutschland hatten zuletzt einen Vertrag mit Ablaufdatum. Es ist eine der gebräuchlichsten Formen, Mitarbeiter zappeln zu lassen, jedes unternehmerische Risiko auf sie abzuwälzen. Aber die Empörung darüber ist auffällig still.

Quelle: Zeit online vom 12.01.2017

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-022017--1987.html>

PDF erstellt am: 31.03.2020